

# Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

## Außerdem in dieser Ausgabe:

Debatte um Betreuungsgeld

Müll im Meer

Kyritz-Ruppiner Heide - der Weg zur Normalität

ESM - Urteil aus Karlsruhe

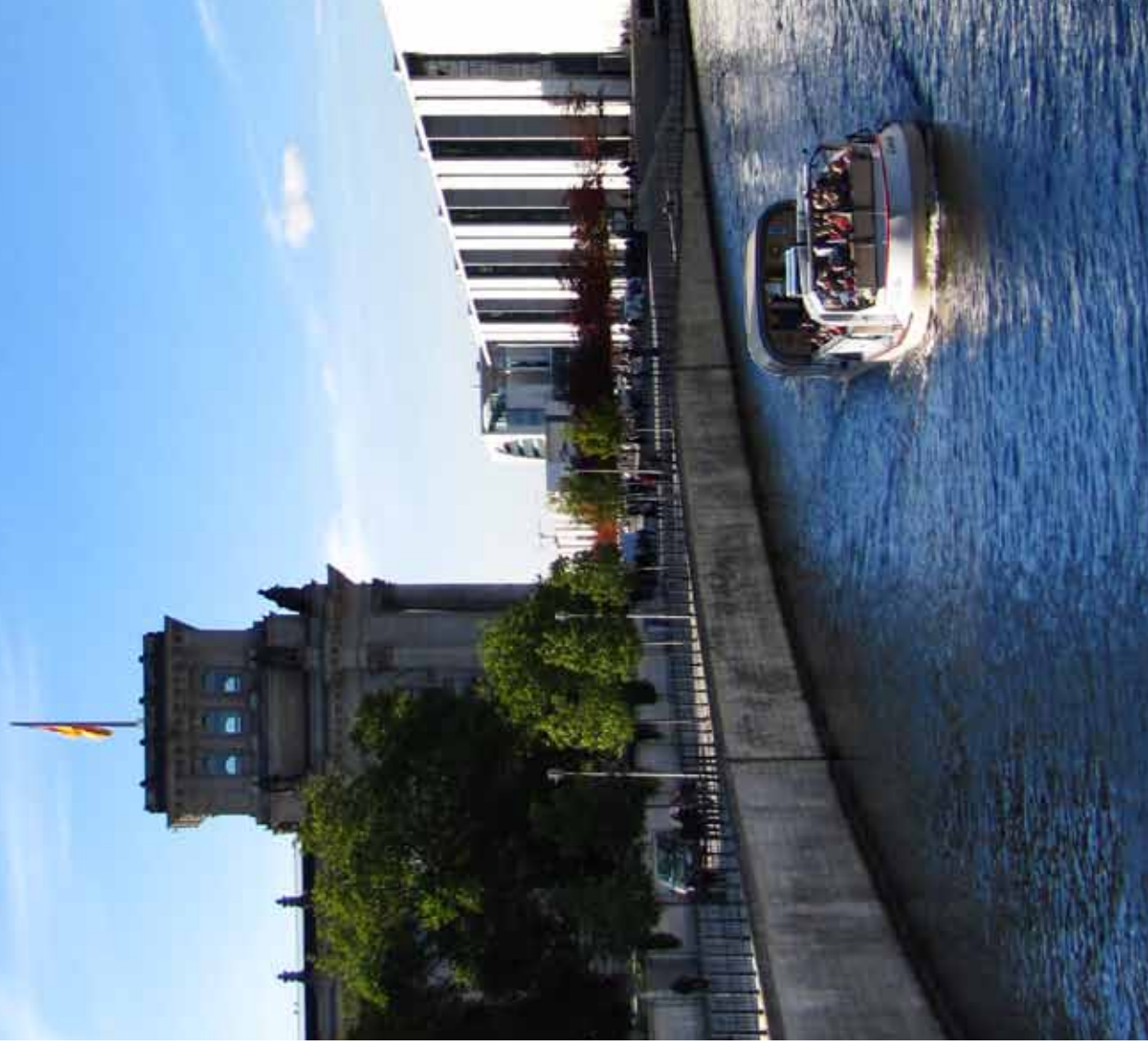
Chancen für DIE LINKE

**Entscheidungen aus  
Frankfurt**

**DIE LINKE.**  
LANDESGRUPPE BRANDENBURG

# ANKER.

## ine neue soziale Idee.



## Inhalt

<b>04</b> .....	Weder Karlsruhe noch Berlin, sondern Frankfurt von <i>Thomas Nord</i>
<b>08</b> .....	Das Meer braucht mehr von <i>Sabine Stüber</i>
<b>12</b> .....	Enttäuschendes Urteil aus Karlsruhe ESM von <i>Wolfgang Nešković</i>
<b>16</b> .....	Pressemitteilungen
<b>57</b> .....	Reden
<b>06</b> .....	Ablehnung hält an von <i>Diana Götsch</i>
<b>10</b> .....	Es bleibe d von <i>Kirsten Taubert</i>
<b>14</b> .....	Wir müsse daraus mach von <i>Dr. Dagmar Schöne</i>
<b>28</b> .....	Anträge, A von <i>Dr. Dagmar Schöne</i>
<b>58</b> .....	Kontakt

# Sondern Frank

Am „Super-Mittwoch“ der ersten parlamentarischen Woche nach der Sommerpause standen der Haushaltsentwurf, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Wahl in den Niederlanden im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit. Auch der Kommissionspräsident Barroso hat die große Öffentlichkeit gesucht und einen Plan zur EU-Bankenaufsicht und seine Idee einer europäischen Konföderation der Nationen vorgestellt. Entsprechend zu seinem realen politischen Gewicht tauchte er in der Berichterstattung aber nur in die hinteren Reihen auf. Die Beteiligung des ESM durch Karlsruhe war erwartet worden und so kam es nur zu einem kurzen Kurssprung an der Börse, der weil das Parlament zur Tagesordnung der Generaldebatte in der so genannten Elefantrunde aufrief. Die SPD erzählte ihre Bilanz der letzten Regierungsbeteiligung und lobte den Erfolg der Agenda 2010: Die Bundesrepublik wandelte sich vom kranken Mann in Europa zum kräftigsten

Burschen in der Europäischen Union. Die Agenda-Roskur wird als das leuchtende Beispiel für eine gelungene Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der EU und der Euro-Zone dargestellt. Wettbewerbsfähigkeit heißt billiger produzieren, billiger arbeiten lassen, weniger soziale Standards bieten, mehr Profit einfahren und die Wiederkehr gesellschaftlicher Unterschichten. Dies ist die andere Seite der Bilanz und Hauptgrund dafür, dass die SPD - in ihrem Ursprung eine Partei der Arbeiterklasse - kaum mehr über 25 % hinauskommt.

Nimmt man einen europäischen oder einen Euro-Blick ein, kommt man zu einer anderen Bewertung als die Sozialdemokratie in der nationalen Haushaltsdebatte. Hier sind es genau die wirtschaftlichen Ungleichgewichte der Staaten zwischen Export und Import, die den Euro als gesamte Konstruktion in die strukturelle Krise geführt haben. Das heißt, die Agenda 2010 ist wesentlicher Bestandteil der Krisenursachen. Die deutsche Wirtschaft hat dicke Taschen und fährt Rekordgewinne ein. Der deutsche Finanzminister freut sich über Steuereinnahmen. Die deutsche Mittelschicht muss mit Bürgschaften für den ESM und die EFSF gerade stehen und sieht dadurch ihren Besitzstand in Gefahr. Die Unterschichten bezahlen die privilegierte Lage der Mittelschichten Tag für Tag mit dem Fördern und Fordern der neoliberalen rot-grünen Agenda-Politik. Dies ist der gefühlte Stimmungsrahmen für die aktuelle Situation, in der die Bundeskanzlerin kein drittes Hilfspaket für Griechenland zur

mehr beliebig aufgestoßene andere Lösung her

Diese wurde nicht am 12. September, sondern durch den Präsidenten der Zentralbank in Frankfurt. Die EZB wird von nun an direkt von Staaten kaufen und Zinsen für Staatsanleihen in Märkten refinanzieren. Dings wurde durch das an die Bedingung geknüpft, Land“ werden zu müssen. Die Mitglied der Euro-Zone stellen, müssen auch w. Griechenland, Irland und zur Herstellung von „W.zeptieren: billiger produzieren, weniger sozialk. vatisieren, mehr privat. die Wiederkehr bzw. w. schaftlicher Unterschichten. 2010 lässt grüßen. Ein Peripherie der Staaten Gesellschaften in die M Bundesverfassungsgericht Vergleich zum August : geringere Bedeutung. die Programmschneidung verloren, bevor aufgenommen hat. Die Woche weder in Karlsruhe, sondern in Frankfurt Entscheidungen der



# BEWERTUNG DES BETREUUNGSGELDES

## von Diana Golze hält an

**B**ereits zum zweiten Mal hat sich der Familienausschuss mit dem Vorschlag, ein Betreuungsgeld einzuführen, befasst. Jetzt, da die Deutsche Familienleistung mit einem vorliegenden Gesetzentwurf eine konkrete Diskussion aber nicht einfacher – vor allem nicht für Ministerin Scharmer-Koch in der Koalition vor den Entwurf ihres Hauses stellt. Bereits in den vergangenen Wochen mein Emailpostfach füllten, wurde klar, dass die Kritik an dem Elterngeldes nicht nur breit, sondern auch vielfältig ist.

**A**us der Fachwelt kommen überwiegend vernichtende Absagen an den Vorschlag. Die Argumente, die dagegen vorgebracht werden, sprechen eine deutliche Sprache. Sie reichen von verfassungsrechtlich bedenklich über die Aussage, dass es ein familienpolitischer Rückschritt und eine bildungspolitische Katastrophe wäre, bis hin zu sätzlichen Kritik an der Ausgestaltung der Berechtigungskriterien. Die Forderung, das Betreuungsgeldes auf das ALG II wird sogar selbst von den wenigsten Sachverständigen abgelehnt.

**D**ie Sachverständige Franziska Pabst, die von der Fraktion DIE LINKE als Vertreterin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes benannt wurde, äußert sich zur Stellungnahme zudem eine „Verletzung der staatlichen Aufgabe zur Förderung der Erwerbsfähigkeit“. Die Auszahlung des Betreuungsgeldes konterkariert die Idee einer Art „Verzichtsprämie“ und steht in krassem Widerspruch zu der Bedeutung der frühkindlichen Bildung und dem Bedarf des Ausbaus von Kindertageseinrichtungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Die Forderung für die Nichtinanspruchnahme eines öffentlich geförderter Paritätische für problematisch. „ heißt es in der Stellungnahme weiter.

**F**ür DIE LINKE ist die Anhörung ein weiterer wichtiger Schritt, um den Weg deutlich gegen das Betreuungsgeld auszusprechen. Auch bei der Ministerin auf offene Ohren stößt oder gar zu einem Umdenken bei der Ministerin auf offene Ohren stößt, bleibt indes fraglich. Sie hat es ja noch nicht einmal bei der Anhörung persönlich beizuwohnen. Derweil wächst die Kritik an der Ministerin, nachdem sich die Ministerin in der ersten Lesung der Koalitionsfraktionen, nachdem sich die Ministerin in der ersten Lesung des Gesetzes im Oktober 2013 noch einmal ausdrücklich zum Betreuungsgeld bekannt hat. Die Forderung soll zukünftig mehr als 1,2 Mrd. € kosten. Spätestens am 18. Oktober wird die Abstimmung steht, wird sich zeigen, ob CDU und FDP bereit sind, die



# Das Meer wacht mehr

*von Sabine Stüber*

Ein Beispiel: Im Juli  
Erlangen Frachter u  
aus. Bei den Lösche  
sion, ein Mensch kam  
tes Mitglied der Besa  
Frachter und ein Teil  
beschädigt. Erst vor  
er den Tiefwasserha  
passiert? Der Fracht  
an Bord, mindestens  
von denen 100 besch  
nicht bekannt, um w  
delt. Das mag auch  
Frachter wochenlang  
te und weder in Fra  
in einen Hafen einla  
Gefährdung von Men  
Nach dem europäisc  
ten die Anrainerstaa  
fen anbieten müssen  
geschehen, weil kein  
weiteren Umweltkata  
auf sich nehmen woll

Das Meer brauch  
Überdüngung m  
durch Schadstoffe ü  
vor den Altlasten am  
tung des Lebens im M  
habe ich noch gar nic

Das Meer brauchh  
kungen des Sch  
verbindliche Regelwe  
zudem dringend ben  
weit verbindliches F  
Schutz des Meeres.

Wenn sich die We  
Vertragsstaaten

Am Meeresboden rosten Schiffswracks und jede  
A Menge Altmunition vor sich hin, bis auch ihre  
Schadstoffe und Gifte austreten. Hinzu kommt das  
Öl aus havarierten Tankern oder Bohrinseln. Selbst  
wenn es mit Hilfe von Chemikalien verklumpt wird,  
damit es auf den Meeresboden sinkt und nicht an  
die Küsten geschwemmt wird (nichts anderes be-  
deutet die Bekämpfung einer sogenannten „Ölpest“  
nämlich), ist es immer noch da. Ein großer Teil des

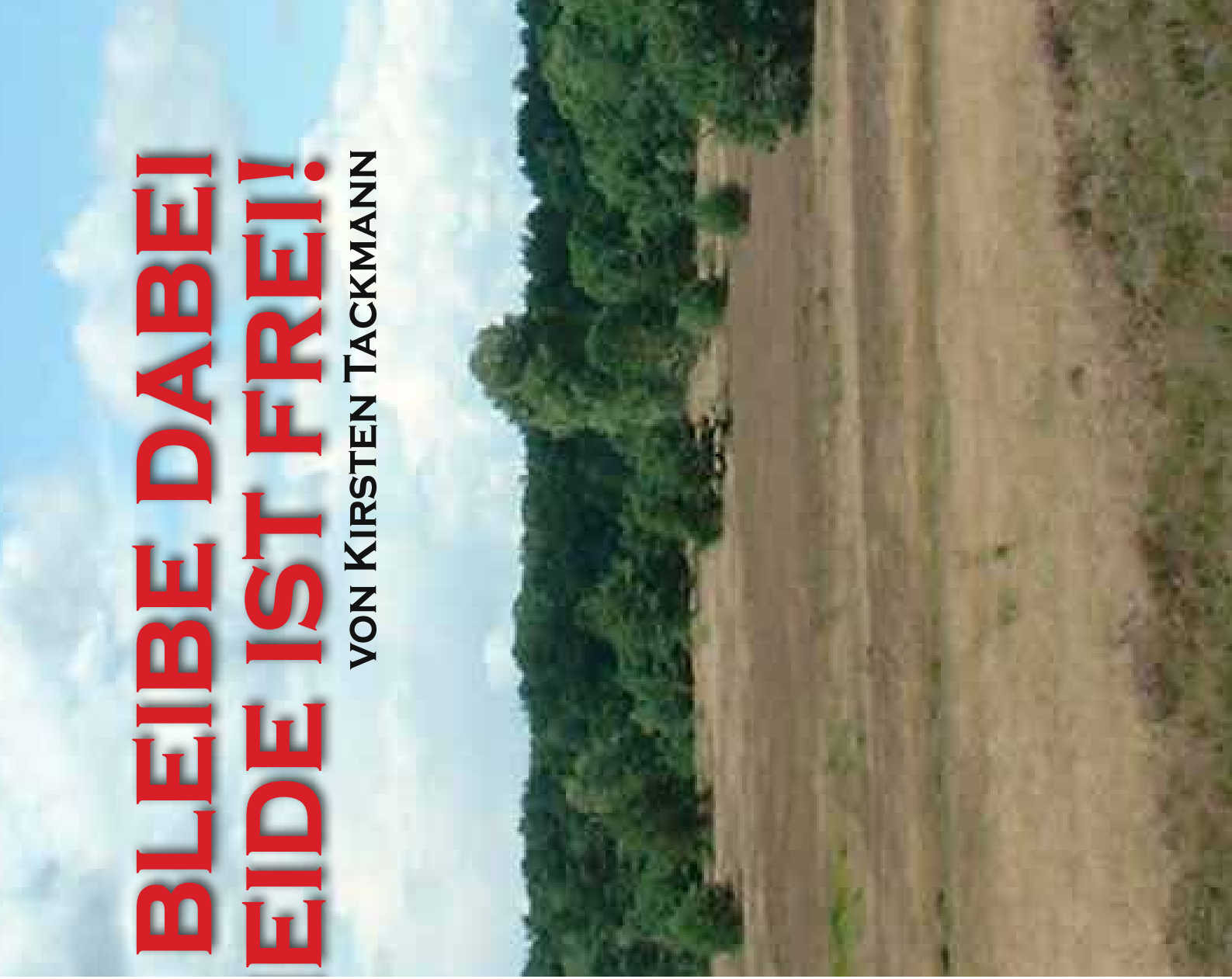
Es ist die Vielzahl der verschiedenen Einflüs-  
se, die es dem Leben im Meer so schwer ma-  
chen. Allein über die Flüsse gelangen 70% aller  
Schadstoffe. Düngemittel und Abwässer aus

# BLEIBE DABEI! EIDE IST FREI!

VON KIRSTEN TACKMANN

September 2011 war sicher das wichtigste Ziel der breiten Widerstandsbewegung gegen das Bombodrom endgültig erreicht. Gefeierte wird trotzdem nach wie vor am 9. Juli. An jenem Tag im Jahr 2009 hatte der damalige Verteidigungsminister Jung (CDU) den Verzicht auf die Revision gegen das OVG-Urteil vom März 2009 erklärt, was den Verzicht auf die militärische Nutzung des vormaligen Bombodroms der Sowjetarmee bedeutete. Ironischer Zufall der Geschichte: es war im Jahr 2003 auch ein 9. Juli, an dem sein Vorgänger im Amt, Peter Struck (SPD), für die rot-grüne Bundesregierung die Inbetriebnahme des Platzes angeordnet hatte, die nur mit breitem gesellschaftlichen und juristischem Widerstand verhindert werden konnte.

Doch zurück zum 12. September 2012. An diesem Tag wurden 4.000 der insgesamt ca. 12.000 ha des ehemaligen Bombodromgeländes in der Kyritz-Ruppiner Heide zum Nationalen Naturerbe (NNE). Gleichzeitig übernahm die Heinz-Sielmann Stiftung die Betreuung dieser Fläche. Was sich so leicht anhört, war ein wirklicher politischer Kraftakt. Vor und hinter den Kulissen. Verständnis und Akzeptanz dieses Weges mussten sowohl auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene erreicht werden, Irritationen durch Nacht-und-Nebel-Beschlüsse des Haushaltsausschusses des Bundestages mussten aufgelöst werden. Und es musste jemand gefunden werden, der dieses „Geschenk“ annimmt und bereit ist, im Interesse der Region und mit den regionalen Akteurinnen und Akteuren die Verantwortung vor Ort zu übernehmen. Aber manchmal werden Dinge, die lange währen, doch gut. Es ist am Ende gelungen, das gesamte Gelände im öffentlichen Eigentum des Bundes zu belassen, also eine Privatisierung zu verhindern. Auf der NNE-Fläche wird der Naturschutz eine besondere Rolle spielen, aber Schritt für Schritt auch eine naturnahe touristische Nutzung möglich gemacht werden. Regelmäßige Kutschtouren finden z. B. bereits statt. Dennoch ist der Weg zur Normalität noch ein sehr langer. Teilweise sehr hohe Munitionsbelastungen sind ein Damoklesschwert, das nicht ignoriert werden kann. Alle wissen, dass ihre Beseitigung eine Generationenaufgabe sein wird. Der Bund darf aber die Beräumung nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag vor sich her schieben, sondern muss sie schrittweise und nutzungsorientiert, aber auch konsequent bedarfsgerecht finanzieren. Aus Vorsorgegründen



# Wissenswertes über das Urteil aus Karlsruhe

Bundesverfassungsgericht weiten Teilen mutlos kommt einem verfassungsrechtlich für die Politik gleich. gehend aus der verfassungsgemäßen der sogenannten Grundrechte. Solange der Bundesverfassungsgerichtszentrum bleibt, werden verfassungsrechtliche Grundrechte. Dies kommt einer Verletzung der sogenannten Grundrechte gleich.

Abgabe des Gerichts geworfen, dass die Märkte an und die Demokratie informellen Konstrukt der Aufgabe des Grundrechts Karlsruhe zu erfüllen sich zu viel verlangt, es sei für Europa mit dem Grundwert verbunden gegen den ESM-Vertrag

pakt beschädigt wird. Die Weitergabe von Souveränitätsrechten durch den Bundestag an europäische Institutionen kann nur dann zulässig sein, wenn diese neuen Institutionen ausreichend demokratisch legitimiert sind. Das kann von den Strukturen des ESM nicht behauptet werden.

Da der Fiskalpakt darüber hinaus als „Ewigkeitsvertrag“ gestaltet ist, wird durch seine Unterzeichnung an einer weiteren Säule der Demokratie gesägt: Demokratie lebt von der Fähigkeit zur Veränderung. Wahl und Abwahl von Regierungen und der stete Wettbewerb um die wechselnde Gunst des Wahlvolkes sind konstituierende Merkmale der Demokratie. Wenn sich morgen die Einsicht Bahn bricht, dass die Stabilisierung des Finanzsystems eine keynesianistische Nachfragepolitik erfordert, wird diese Erkenntnis wertlos bleiben, da kein Wahlvolk mehr die Herrschaft der unerbittlichen Kürzungspolitik vom Thron stoßen kann. Nach Artikel 56 Absatz 1 der Wiener Vertragsrechtskonvention hätten die Staatenvertreter dem Pakt eine Kündigungsklausel beifügen müssen, um einzelnen Staaten den Austritt zu ermöglichen: Das ist unterblieben. Da

es nicht kommen. Auch diesen Aspekt hätte das Bundesverfassungsgericht beachten müssen. Die Klagen gegen ESM und Fiskalpakt waren auch in dieser Hinsicht ein Schrei nach mehr Demokratie.

Auch wenn die Entscheidung des Gerichts insgesamt enttäuschend ist, so haben die Kläger zumindest zwei Einschränkungen durchsetzen können: Eine Erhöhung der Haftungssumme darf nur mit ausdrücklicher Billigung des Bundestages durchgesetzt werden und auch die im ESM-Vertrag festgelegte Geheimhaltung darf den Informationsfluss zum Bundestag nicht beeinträchtigen.

Durch diese demokratische Rückbindung des ESM an den Deutschen Bundestag und den gleichzeitig vollzogenen Rückzug des Verfassungsgerichtes aus der Bewertung dieser und zukünftiger „Rettungsmaßnahmen“, wird die Rolle des Bundestages und seiner Abgeordneten noch bedeutender. Zukünftig werden die Abgeordneten sich nicht mehr hinter der angeblichen Alternativlosigkeit einzelner Maßnahmen verste-

richtigen Entscheidung. Verlust an Demokratie der sich Bundestag ausreichend gewach-

Auch wird durch Anach völkerrechtlichen der ESM-Vertrages gestoppt. Bevor die Verträge und die stärkere und Bundesrat nicht festgelegt sind, darf nicht beschlossen werden. Daran Rechtsauffassungen anderer Vertreter

Auch die symbolhafte Trages durch Bundestag Teil dieser politischen Rechtlich verbindlich durch werden, dass über die Vorbehalte stattfindet.

Trotz dieser Stätte: Das Verfassun-

# Wir müssen von Imeher Is bisher daraus machen

VON  
**ENKELMANN**

batte, redete alles schön, lobte sich selbst und ihre Arbeit. Die Angst, die Krise könnte auch die Bundesrepublik erschüttern und Merkel und Co. in den Umfragekeller schicken, ist mit der Hand zu greifen.

So will die Kanzlerin bald schon Vorschläge gegen Altersarmut und für die seit langem angekündigten Lohnuntergrenzen vorlegen. Da fragt man sich wirklich, was die Regierung in den letzten Jahren für die „Solidarität mit den Schwachen“ getan hat. Ganz offensichtlich nichts. Auf das von ihrer Arbeitsministerin ein-kassierte Wahlversprechen für einheitliche Rentenwerte in Ost und West ging die Kanzlerin mit keinem Wort ein. Rasant steigende, für immer mehr Bürgerinnen und Bürger unbezahlbare Energiepreise kamen in der Rede der Kanzlerin mit keinem Wort vor. Auch explodierende Mieten und Wohnungsnot interessieren sie nicht. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Die harten gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen – wie jetzt bei der Charite oder jüngst bei der Lufthansa – zeigen: Gegenwärtig treten soziale Fragen Stück für Stück in den Vordergrund. Für eine linke Opposition bietet das allerbeste Ausgangspositionen – wir müssen nur mehr als bisher daraus machen. Wie wir das erreichen können, darüber haben wir jüngst auf der Klausur intensiv beraten.

Deutlich wurde dabei: DIE LINKE hat auf vielen Gebieten gereifte Konzepte. Während die Arbeitsministerin mit ihrer Zuschussrente hausieren geht, hält die SPD mit ihrer „Solidarrente“ an der Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent und an der Rente erst ab 67 fest.

der damit verbunden bei Besser- und Begleichung der Rente

Um unsere Alternativen zu stellen, muss konzentrieren und ergibt sich schon Arithmetik: Bis zur nach bisheriger Plänen. In diesen kann mal die Themen der wirksamen Kernzeit stehen jedoch mehr Initiativen der LINKAusschussberatung eine Beschlussempfehlung noch nicht abschließend

Bis zur Wahl wird die Arbeit einstellen können, sie

sivieren müssen. Die Anträge mehr in „Rohstoffe“ und präzise knappe und präzise den Punkt bringen Mindestlohn, gute I-Mindestlohn, gute I-flucht, Aus für Wuchzucht auf Auslandsreise und Krankenversicherung

Die Zukunft Ostdeutschlands ist besonders Region Europas bieten Chancen – bei der Bildung, Gesundheit, Verkehrspolitik. In Osten weiter zurück. Koalitionsvertrag vorhalten am Ziel festhalten

In wirklich solidarisches Konzept hat dage-

# DIE LINKE!



soll bei on DIE LINKE, zum heutigen Auftakt dass Konsens darüber erzielt wurde, rechts- der Gespräche über eine Reform auch über weitergehende Reform- arfreut, des Wahlgesetzes. Das Bundes- schritte zu sprechen, darunter über die sie verfassungsgericht hatte Ende Juli die Umsetzung des Wahlrechts für it, heu- zentrale Punkte des aktuellen Wahl- behinderte sowie für ausländische ils darf gesetzes für verfassungswidrig er- Bürgerinnen und Bürger sowie über isruhe klärt. Enkelmann weiter: die 5-Prozent-Klausel. Entspre- chende Vorschläge dazu hat DIE menta- Land gegenwärtige Wahlrecht LINKE in ihrem Gesetzentwurf zu ei- erklärt krankt dabei nicht nur am negati- ner umfassenden Reform des Wahl- menta- ven Stimmgewicht. DIE LINKE be- rechts vorgelegt. Diese werden wir Frakti- grüßt in diesem Zusammenhang, erneut in die Debatte einbringen.“

## cht Rentenversprechen

ELMANN

ierung tenwertes Ost an West verlangt wie wir gern bereit, ihr unter die Arme abseh- auch eine grundlegende Korrektur zu greifen. Ich werde meiner Frak- etzung der Rentenüberleitung. Diese Ini- tion jetzt vorschlagen, zur Frage ei- system tativen sind ohne viel Federlesen nes einheitlichen Rentensystems unver- bisher samt und anders abgelehnt die Bundessozialministerin von der e Bun- worden. Wenn sich die Bundesregie- Leyen in die Fraktion einzuladen. nichts, rung nunmehr bei der Rente mög- Diese Antwort der Bundesregierung um in licherweise überfordert fühlt, sind darf nicht das letzte Wort sein.“



„Ein deutlicher Schuss vor den Bug“, halt zum Betreuungsgeld selbst in kommentiert Diana Golze, kinder- der Union ist. Bevor die Bundesre- und jugendpolitische Sprecherin gierung mit diesem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, die Ankün- einen spektakulären Schiffbruch digung aus elf Bundesländern, das erleidet, sollte sie das Vorhaben Betreuungsgeld mit einer Bundes- komplett aufgeben.

ratsinitiative zu blockieren. Golze weiter:

Familienministerin Schröder hat erneut unter Beweis gestellt, dass „Die Teilnahme von vier Bundeslän- sie politisch nicht auf der Höhe der dern an dieser Bundesratsinitiative, Zeit und mit diesem Amt überfor- in denen die Union in der Regie- dert ist. Der Gesetzentwurf muss rung ist, zeigt, wie gering der Rück- umgehend zurückgezogen werden.“

## Zukunft des Landes nicht verspielen und endlich eigenständige Jugendpolitik entwickeln

12.08.2012 – DIANA GOLZE

„Jugendliche werden in unserem während wichtige soziale Kompe- Land viel zu wenig wahrgenommen. tenzen erst in den letzten Jahren Der Schutz und die besondere För- beginnen, in den Schulkonzepten derung, der ihnen auch durch das eine Rolle zu spielen. Statt best- Kinder- und Jugendhilfegesetz zu- möglicher Förderung erleben stehen, werden im Alltag immer immer mehr Jugendliche einen wieder unterlaufen. Jugendarmut, Mangel an Zukunftsperspektiven. Jugendarbeitslosigkeit, mangeln- Selektierende Schulsysteme, feh- de Mitbestimmungsrechte und der lende Mitbestimmungsmöglichkei- Abbau von Jugendverbands- und ten und nicht selten viel zu frühe Jugendsozialarbeit sind täglicher Armutserfahrungen, die mit Aus- Beweis für das Versagen der Po- grenzung aus dem gesellschaft- litik gegenüber der Jugend. Da- lichen Leben einhergehen, sind mit wird die Zukunft des Landes Faktoren, die der jungen Genera- verspielt“, erklärt die kinder- und tion ein Ankommen in der Gesell- jugendpolitische Sprecherin und schaft erschweren.

Mitglied im Vorstand der Fraktion

DIE LINKE, Diana Golze, zum heu- DIE LINKE fordert daher die Bun- tigen von den UN ausgerufen desregierung auf, endlich ein um- „Tag der Jugend“. Golze weiter: fassendes Konzept für eine eigen- ständige Jugendpolitik wie es der

n des einmal zu sehen scheint. Zusätzlich mal bei der öffentlichen Hand. DIE n Kita- che Mittel in ausreichender Höhe, LINKE fordert daher einmal mehr: fehlen um dem Ausbau das nötige Tempo Falsche Anreize, wie das Betreu- 0 000 zu verleihen? Fehlzanzeige! Maßnah- ungsgeld, verschlingen unnötige genom- men, um die Absicherung der Kin- Milliarden, die für den Ausbau einer andal“, derbetreuung durch qualifiziertes flächendeckenden, qualitativ hoch- endpo- Personal zu gewährleisten? wertigen Kindertagesbetreuung raktion fehlen. Um den Rechtsanspruch zu ,Dieser Den halbseidenen Ankündigun- garantieren, braucht es daher mehr tischer, gen, entspreche Weiterbil- als eine Trendwende. Es braucht lie von dungsmaßnahmen zu ermöglichen, ein konsequentes Umdenken in der rebten folgte einmal mehr: Nichts. Kein Frage der Rolle von Kindertages- ausrei- Wunder, dass sich der Deutsche betreuung für die Entwicklung von Städte- und Gemeindebund nach Kindern und für eine zeitgemäße, neuen Partnern umschaute, um den moderne Familienpolitik. Daher for- t, dass Ausbau bedarfsgerecht zu stem- dern wir die Familienministerin auf, diesen men. Der Hilferuf an die Wirtschaft, endlich mehr als nebulöse Zehn- veran- hier mehr Initiative zu zeigen, ist punktepläne vorzulegen, sondern Inkraft- zwar verständlich, geht aber am konkrete Maßnahmen des Bundes uf die eigentlichen Ziel vorbei: öffentliche aufzuzeigen und umzusetzen. Die e nicht Kindertagesbetreuung liegt nun Zeit drängt.“

## n beim Betreuungsgeld

nicht der Bundesregierung auf meine entpuppt sich zunehmend als kin- ie eine schriftliche Frage lässt dies extrem derfeindliche Leistung.“

e Spiel- befürchten. Das Betreuungsgeld

Betreu-  
erden“,  
sregie-  
ge von  
endpo-  
ion DIE

„Die Aufnahme von Ermittlungen Staatsbürgers im Ausland nicht ler durch die Bundesanwaltschaft im einfach hingegenommen werden. vor ami Fall der Tötung von Bünyamin E. Die amerikanischen Drohneinein- spr- war längst überfällig. Nachdem sätze geschehen im rechtsfreien Tats seine Tötung zunächst ohne er- kennbare Reaktion hingegenommen Raum. Das Völkerrecht enthält Zus wurde, ermittelt die Bundesan- keinerlei Rechtsgrundlagen für beg- waltschaft jetzt endlich erstmals die Tötung vermeintlicher Terror- fan- wegen einer amerikanischen risten außerhalb einer Gefechtssi- che- Hinrichtungssaktion gegen einen tuation. Hinzu kommt, dass Paki- w- deutschen Staatsbürger“ erklärt stan, wo der Angriff durchgeführt Wolfgang Neskovic, Vorstands- wurde, völkerrechtlich nicht als Erf- mitglied der Fraktion Die LINKE Kriegsgebiet gilt. Es handelt sich ben- und Mitglied im Parlamentari- bei der Tötung des deutschen kan- schen Kontrollgremium. Neskovic Staatsbürgers Bünyamin E. daher dem weiter: schlichtweg um eine Hinrichtung her durch die Amerikaner. auch

„Der tödliche Drohnenangriff ge- nicht gen Bünyamin E. muss strafrecht- Die Ermittlungen müssten sich rech- lich und politisch restlos aufge- auch auf mögliche Beteiligungs- über- klärt werden. Unabhängig von formen von Mitarbeitern deut- tun- der Frage, ob er ein Extremist scher Sicherheitsbehörden an ers- oder Terrorist gewesen ist, kann dieser Hinrichtungssaktion erstre- zu die Hinrichtung eines deutschen cken. Nach Medienberichten sol- dies



werden, wenn ernsthaft eine Reform des Verfassungsschutzes angestrebt wird. Um zukünftig seinen Aufgaben gerecht zu werden, muss der Dienst seine festgefahrenen Strukturen verlassen, die Fähigkeit zur Selbstkritik entwickeln und sich auch für eine größere Diskussionskultur öffnen. Mit Hans-Georg Maaßen als neuem Präsidenten würde diese Gelegenheit für einen Neuginn verpasst. Er steht für den Verfassungsschutz bisheriger Prägung. Für einen BND-Untersuchungsausschuss zu Murat Kurnaz legte er eine haarsträubende und menschenfeindliche Rechtsauffassung an den Tag. So bestand Maaßen darauf, dass die Aufenthaltsgenehmigung des gebürtigen Bremers erloschen sei, da er sich länger als sechs Monate im Ausland aufgehalten habe. Die Tatsache, dass Kurnaz in dieser Zeit von den Amerikanern gewaltsam nach Guantanamo verbracht und

„Das Versagen des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Fall des „NSU“ lässt sich nicht einfach mit einem neuen Präsidenten aus der Welt schaffen. Das Problem liegt weiterhin im falschen Bewusstsein der Sicherheitsbehörden und in mangelnden Kontrollstrukturen. Die Entlassung von Heinz Fromm kann daher nur der Anfang für eine grundlegende Reform innerhalb des Verfassungsschutzes sein“, erklärt Wolfgang Neskovic, Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) und Vizefraktionsmitglied der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Entlassung

von Heinz Fromm. Die Entlassung von Heinz Fromm kann daher nur der Anfang für eine grundlegende Reform innerhalb des Verfassungsschutzes sein“, erklärt Wolfgang Neskovic, Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) und Vizefraktionsmitglied der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Entlassung

von Heinz Fromm. Die Entlassung von Heinz Fromm kann daher nur der Anfang für eine grundlegende Reform innerhalb des Verfassungsschutzes sein“, erklärt Wolfgang Neskovic, Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) und Vizefraktionsmitglied der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Entlassung

## Bundesverfassungsgericht

SKOVIC

Die Versuche, die Richter nicht auf das mit verfassungsrechtlichen Argumenten, sondern mit politischen Schreckensszenarien beeinflussen zu wollen, belegen die Verunsicherung der Regierung. Den Richtern ohne Belege Unkenntnis zu unterstellen, ist respektlos und übersteigt die Anstandsgrenzen zu

von Verfassungsschutz-Präsident Heinz Fromm. Neskovic weiter: „Es ist nicht allein damit getan, dass die Behördenleitung das Handtuch wirft. Stattdessen müssen dringend effektivere Kontrollstrukturen geschaffen werden, die ein solches Versagen bei den Ermittlungen verhindern. Dabei muss ein Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, die notwendige Sensibilität für die Gefahren des Rechtsterrorismus zu entwickeln. Eine wesentliche Ursache für das Waterloo der Sicherheitsbehörden ist nach wie vor die Tatsache, dass diese auf dem rechten Auge blind sind. Auch das

von Verfassungsschutz-Präsident Heinz Fromm. Neskovic weiter: „Es ist nicht allein damit getan, dass die Behördenleitung das Handtuch wirft. Stattdessen müssen dringend effektivere Kontrollstrukturen geschaffen werden, die ein solches Versagen bei den Ermittlungen verhindern. Dabei muss ein Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, die notwendige Sensibilität für die Gefahren des Rechtsterrorismus zu entwickeln. Eine wesentliche Ursache für das Waterloo der Sicherheitsbehörden ist nach wie vor die Tatsache, dass diese auf dem rechten Auge blind sind. Auch das

## LINKE erkundigt sich nach Fischzucht

22.08.2012 – KIRSTEN TACKMANN

Die einheimischen Fischzuchtanlagen müssen besser unterstützt werden. Sie sind wichtige Akteure in den ländlichen Räumen. Zur Nutzung dieses Potenzials sind jedoch deutlich bessere Rahmenbedingungen notwendig“, erklärt Dr. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Die Linksfraktion hat die Kleine Anfrage „Unterstützung nachhaltiger Aquakultur“ eingereicht (Bundestagsdrucksache 17/10497). In knapp vierzig Fragen wollen sie die natürlichen Fischbestände in den Weltmeeren zu reduzieren. Das klare Bekenntnis zu Aquakulturanlagen und deren nachhaltige Unterstutzung können zu einer positiven Entwicklung beitragen



2006, Bahngrundstücke werden ver-  
 schertelt. Der Börsengang der DB  
 wurde nur durch die Finanzkrise in  
 der letzten Minute gestoppt. Gerade in  
 den ländlichen Regionen werden  
 heute die Folgen dieser falschen  
 Politik immer deutlicher.

Der Bundesrat ist länger für den Film recher-  
 chiert und gedreht haben, desto ir-  
 rationaler erschien uns die Bahnpri-  
 vatisierung“, so die Filmemacher.

Es gibt keinen sachlichen Grund für  
 die Privatisierung, Bahn- und Wirt-  
 schaftsexperten raten ab, aber es  
 gibt einen enormen Druck auf die  
 Politik, die Bahn zu verkaufen. Am  
 besten mit Gleis und Bahnhof und  
 allen Zügen.“

Übrigens wurde der Film durch  
 Filmförderungen mit den Regis-  
 seuren und Bürgerinnen und  
 Bürgern Brandenburgs und dem  
 Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE  
 in deren Wahlkreis führen wird.

Gezeigt wird der Dokumentarfilm  
 „Bahn unterm Hammer“, am 16.  
 September um 10.30 Uhr im  
 UNION FILMTHEATER, Hei-  
 rich Rau Str. 35, 16816 Neu-  
 ruppin.

Mit  
 dem Eintritt für den Film und  
 anschließende Diskussion  
 mit den Regisseuren ist  
 frei.

Ham-  
 swinne Zur Filmreihe „Das große  
 Fressen“ nach Hunger nach Alter-

„Das ist ein bedeutender Schritt  
 der Erfüllung dieses Ziels sind  
 auf dem Weg der Kyritz Ruppiner  
 Heide zurück in die Region“, kom-  
 mentiert Dr. Kirsten Tackmann  
 die morgige Unterzeichnung der  
 Vereinbarung zur Überlassung  
 von Flächen des ehemaligen  
 Bombodroms im Rahmen des  
 Nationalen Naturerbes und des  
 Dienstleistungsvertrages mit der  
 Heinz-Sielmann Stiftung.

„Denn neben der Verhinderung  
 von militärischer Nutzung war  
 die friedliche Zukunft des Gelän-  
 des und seine Einbindung in die  
 Region ein wichtiges Ziel vieler  
 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
 der breiten Widerstandsbewe-  
 gung gegen das Bombodrom. Mit  
 verbaut mit den Hinterlassen-

## Sondersitzung: Tackmann unterbricht Lappland-Urlaub

18.07.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Zur Sondersitzung des Bundestags  
 reise ich aus Lappland an.“ erklärt  
 Dr. Kirsten Tackmann, die ihren Ur-  
 laub für drei Tage für die Sondersit-  
 zung des Bundestages unterbricht,  
 in der es um Finanzhilfen zur Re-  
 kapitalisierung spanischer Banken  
 geht. Die Regierungsvereinbarun-  
 gen sehen Finanzhilfen über den  
 EFSF in Höhe von 100 Milliarden  
 Euro vor, die die spanische Regie-  
 rung an die Banken weiterleitet.

Hintergrund:

Wir sind seit 14. Juli in Gafsele. Ca.  
 eine Stunde zum Flugplatz Vilhel-

Tackmann weiter:

Die LINKE klagt vor dem Bundes-  
 mina Abflug dort 18. Juli 16.40





entech- Schutzschirm über den Bienenkör- einem EuGH-Urteil vom September muss ben gegen Gentech-Pollen. Das hat 2011 nicht mehr verkauft werden. zungen der Bundesrat bereits im Novem- Hintergrund war die Klage eines schützt ber 2007 gefordert, doch passiert bayrischen Imkers, dessen Honig n Tack- ist nichts. Das Urteil des Europäi- mit Pollen des gentechnisch ver- technik- schen Gerichtshofs sollte Anlass änderen Mais MON 810 kontami- destag. sein, endlich zu handeln.

r Agro- ke keine Lebensmittelzulassung für le ges- Honig, daher dürfen auch kleinste eraten Aigner auf, einen bienentauglichen Mengen des Gentech-Maises im (9985). Gesetzentwurf vorzulegen. Die Im- Honig nicht toleriert werden.

ird die kerei hat ein Recht auf wirksamen Ernährung- Schutz vor Verunreinigungen durch erbrau- Gentech-Pollen. Ihn umzusetzen, wäre ein erster wichtiger Schritt zur Stärkung der gentechnikfreien Imkerei.“

roblem Lesung des Antrages finden Sie:

osition Mit gentechnisch verändertem Pol- l einen len verunreinigter Honig darf nach

## t bei Experten erneut auf breite Ablehnung



[HIER:](#)

Christina Das Betreuungsgeld sei verfas- ins Bundesgesetzblatt finden. Lei- um Be- sungsrechtlich bedenklich, ein fa- der ist zu befürchten, dass die Famili- hörung milienpolitischer Rückschritt und lienministerin nach dem Motto ‚Au- an. Die eine bildungspolitische Katastro- gen zu und durch‘ handeln wird. Sie ich auf phe. Die geplante Anrechnung des hat es ja noch nicht einmal für nötig hören Betreuungsgeldes auf das Arbeits- erachtet, der heutigen Anhörung ührung losengeld II wurde selbst von den persönlich beizuwohnen Es ist also festhal- wenigen Befürwortern unter den davon auszugehen, dass sie wie fitglied Sachverständigen abgelehnt. schon nach der ersten Anhörung

- und unbeirrt an diesem unsinnigen Vor- n der Die breite Ablehnung und die Viel- haben festhalten, allen guten und aufigen falt der Argumente gegen das Be- vernünftigen Argumenten zum Trotz.

eid im treuungsgeld zeigen, dass es kei- Dieser Kniefall vor der CSU wird ndesta- neswegs darum gehen kann, den den Steuerzahler zukünftig mindes- Gesetzentwurf lediglich in einißen tens 1,2 Milliarden Euro kosten und

# PLAN

Das ro  
Projek  
einen  
ökolo  
Umbau



### **suchungen von Menschenrechtsverletzungen durch Polizeibedienstete er- hängiges Kontrollgremium schaffen**

für die Einrichtung eines polizeiunabhängigen Kontrollmechanismus ein, wie sie den Vereinten Nationen, dem Europarat und Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International und Humanistischer Union an Deutschland gerichtet wurde.



### **übungsplatzes Altmark sofort stoppen - Colbitz-Letzlinger Heide**

plant den Truppenübungsplatz Altmark in der Colbitz Letzlinger Heide zum größten Truppenübungsplatz in Deutschland umzuwandeln. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Umwandlung zu stoppen und die Colbitz-Letzlinger Heide als Naturschutzgebiet zu erklären. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Umwandlung zu stoppen und die Colbitz-Letzlinger Heide als Naturschutzgebiet zu erklären.



### **Importverbot für Kraft- und Brennstoffe aus Biomasse**

energiewirtschaftliche Mobilitätsmodell der Industriestaaten muss überwunden werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, ein Importverbot für Kraft- und Brennstoffe aus Biomasse zu beschließen. Die EU muss auf Importe aus Drittländern verzichten. Die Staaten müssen sicherstellen, dass die Biomasse nachhaltig und sozial verträglich ist. Die Staaten müssen sicherstellen, dass die Biomasse nachhaltig und sozial verträglich ist.



### **tärken – Petitionsrecht ausbauen**

uss dahingehend erweitert werden, dass bei Massenpetitionen eine Behandlung durch die Bundesregierung und im Plenum möglich ist. Dafür kämpft DIE LINKE und kritisiert die Bundesregierung. Die Bundesregierung ist aufgefordert, das Petitionsrecht auszubauen und die Bundesregierung ist aufgefordert, das Petitionsrecht auszubauen.



### **Munition in Nord- und Ostsee**

Das Wissen um Menge, Zustand und Lageplätzen von versenkter Munition ist für die Beseitigung von Altmunition in Nord- und Ostsee erhöht sich für Mensch und Umwelt. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Beseitigung von Altmunition in Nord- und Ostsee zu beschleunigen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Beseitigung von Altmunition in Nord- und Ostsee zu beschleunigen.

**13.09.2012** ▼

### **Auskunftsverhalten des Bundesinnenministeriums zur Vorab-Überprüfung in Bild-Zeitung**

Sämtliche Details dazu, wie es zu der Vorab-Zusendung der Studie „Auskunftsverhalten des Bundesinnenministeriums (BMI) an die Bild-Zeitung und die entsprechenden Medien und des Parlaments gekommen und wer hierfür verantwortlich ist, sind in der Bild-Zeitung vom 13. September 2012 veröffentlicht worden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Details dazu zu klären. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Details dazu zu klären.



### **Polizeiliche Zusammenarbeit mit autoritären, nicht-demokratischen Regimen in der Öffentlichkeit**

Ziel der Kleinen Anfrage ist es, die am Beispiel Belarus erneut sich abzeichnende Zusammenarbeit mit autoritären, nicht-demokratischen Regimen in der Öffentlichkeit zu untersuchen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Zusammenarbeit mit autoritären, nicht-demokratischen Regimen in der Öffentlichkeit zu untersuchen.



### **Drohende humanitäre Krise im griechischen Gesundheitssystem - Bundesministerium für Gesundheit**

Das Bundesministerium für Gesundheit hat vertraglich die Federführung für die humanitäre Krise im griechischen Gesundheitssystem übernommen. Das Bundesministerium für Gesundheit hat vertraglich die Federführung für die humanitäre Krise im griechischen Gesundheitssystem übernommen.



### **en einer Versicherungspflicht für Selbständige mit Wahlfreiheit des Vorsor-**

plant eine Altersvorsorgepflicht für Selbständige, bei der diese zwischen der Versicherung und der privaten Absicherung über den Versicherungsmarkt wählen nicht im Interesse der Selbständigen, sondern allenfalls der Versicherungswirtschaft Kleinen Anfrage heraus gearbeitet werden. Außerdem sollen Erkenntnisse über der Berufsunfähigkeitsrenten gewonnen werden.



[DRUCKSACHE NR. 17/10611](#)

### **erbeforschung (heritage science) in Deutschland**

ung entwickelt Technologien und Dienstleistungen zum Erhalt von Exponaten in d Galerien. Als angewandte, interdisziplinäre Forschung fällt sie durch die Raster rung, ist mangelhaft ausgestattet und hat auch Probleme bei der Nachwuchsent- e untersetzt unsere Forderungen nach einer besseren finanziellen Ausstattung in altsverhandlungen und geht auf eine Gespräch mit der Forschungsallianz zurück.



[DRUCKSACHE NR. 17/10610](#)

### **chenprozeptionsspinners im Jahr 2013**

sspinner breitet sich immer weiter aus. Seine Raupen können allergische Reak- auslösen. Die Bekämpfungsmaßnahmen sind sehr eingeschränkt - vor allem im ar an Alleen. Für das Jahr 2013 wird eine breit abgestimmte, konzertierte Aktion imetterling bzw. seine Raupen wirksam bekämpfen zu können.



[DRUCKSACHE NR. 17/10609](#)

### **swehr unter Grundschulern im Projekt „Engel für Afghanistan“**

in NRW müssen SchülerInnen sogenannte Schutzengel für Afghanistan-Soldaten ein, für diese beten und sollen in Kasernen zur militärischen Agitation. DIE LINKE ationen von Kindern entschieden ab.



### **Unterstützung der 1st German-GCC Security Conference durch d**

Am 24. September 2012 wird in Düsseldorf die „1st German-GCC Security Conference“ stattfinden. Die Bundesregierung soll Auskunft darüber geben, wie sie sich an der Konferenz beteiligen wird. Die Konferenz ist ein wichtiges Ereignis für die Region, da sie die Rüstungs- und Sicherheitstechnikgeschäfte mit den Golfstaaten verbindet.

**19.07.2012** ▼

[ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10350](#)

### **zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Eurozone – Finanzhilfen für Spanien**

DIE LINKE lehnt den Antrag des Bundesministers der Finanzen ab. Die Regierung hat die Kosten der Eurozone nicht vollständig gedeckt. Die Umverteilung der Krisenkosten nach unten rausläuft. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stehen für die Banken gerade. Zudem werden an das Programm keine Mittel aus dem Haushalt für die Eurozone zur Verfügung gestellt. Die Maßnahmen sind inakzeptabel sind. Der Kürzungsdruck in Spanien würde deutlich erhöht werden.

**29.08.2012** ▼

[ÄNDERUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/10532](#)

### **Erkenntnisse der Bundesregierung zu rassistischen und antiziganen Organisationen und deren Kontakte zu deutschen Neonazis**

Die Bundesregierung hat im Februar 2004 im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle über die Zusammenarbeit mit den rassistischen und antiziganen Organisationen in Deutschland eine Untersuchung durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in der 17. Drucksache Nr. 17/10532 veröffentlicht.



## **schlechterungsverbote des EWG-Türkei-Assoziationsrechts durch die Bun-**

zahlreiche parlamentarische Initiativen darauf aufmerksam gemacht, dass we-  
rschärfungen der letzten Jahre (z.B. Sprachanforderungen beim Ehegattennach-  
:hes EU-Assoziationsrecht verstoßen. Die Bundesregierung ignoriert jedoch die  
EuGH und die Auffassung der juristischen Fachwelt. Auf eine Kleine Anfrage zur  
:r Bundesländer wollte die Bundesregierung keine Auskunft geben - deshalb nun

[DRUCKSACHE NR. 17 / 10578](#)

## **der Bundespolizei**

litte September 2012 ihren 40. Gründungstag. Die Einsätze der Spezialtruppe  
istritten. Zudem zeichnet sich ein Trend zur Re-Militarisierung der Einheit ab. DIE  
Einsätze der Truppe so weit wie möglich offen gelegt werden und die Trennung  
:i erhalten bleibt. Deswegen erkündigt sie sich nach der Bilanz der Einsätze der

[DRUCKSACHE NR. 17 / 10577](#)

## **eswehr für deutsche Polizeikräfte im Ausland**

in den vergangenen Jahren im Ausland Amtshilfe für deutsche Polizeikräfte ge-  
nzahl und Details dieser Maßnahmen sind bislang unbekannt und wurden dem  
:eteilt. DIE LINKE lehnt solche Amtshilfemaßnahmen ab, die das Trennungsgebot  
Militär unterlaufen.

[DRUCKSACHE NR. 17 / 10576](#)

## **en in Deutschland**

rächtigten Menschen können wegen zu erwartender Fremd- oder Eigengefähr-  
ischen- sowie Bürgerinnen-/Bürgerrechte eingeschränkt oder entzogen werden.  
:e ein enormer Eingriff in das Recht auf Selbstbestimmung. Inzwischen erklär-

## **Rehabilitation von Berufsverbotsbetroffenen**

40 Jahre nach dem 1972 von der Ministerpräsidentenkonferenz von E  
von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) beschlossenen sogenannten „R  
verbotsopfer eine Anerkennung des ihnen widerfahrenen Unrechts.  
bewirkte Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst bedeutet für die Be  
von mehreren Hundert Euro im Monat aufgrund fehlender Berufsjahre

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17 / 10575](#)

## **EU-Projekt zum heimlichen Platzieren von Überwachungsvoorri Bundeskriminalamts**

Seit 2009 treffen sich Angehörige von EU-Polizeien im Projekt „Intern  
ment“ (ISLE) zum Austausch von Kenntnissen zum heimlichen Eindri  
elektronische Geräte. Forensische Fähigkeiten zum Auslesen von Dat  
ebenso verbessert werden. Das deutsche BKA hat dabei eine Leitun  
Antworten auf frühere parlamentarische Initiativen der Linksfraktion v

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17 / 10567](#)

## **Antiterrorereinsatz auf der Baustelle des Flughafens Berlin Brand prüfungen**

Am 2. August führten Beamten des Zolls und des Brandenburger Lan  
wegen des Verdachts auf illegale Beschäftigung auf der auf der Baust  
denburg (BER) durch. Nachdem bekannt geworden war, dass sich unt  
ein polizeibekannter „Gefährder aus dem islamistischen Spektrum“ b  
gegenüber den Medien von einem verdeckten Anti-Terror-Einsatz. Die

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17 / 10566](#)

## **Kooperationsvereinbarung zwischen der Gesellschaft für Interna dem Bundesministerium der Verteidigung**

Vor einem guten Jahr schloss die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Intern  
Durchführungsorganisation der deutschen Entwicklungszusammenarbt  
rung mit dem Verteidigungsministeriums ab. Diese Zusammenarbeit w

### **Behindertenrechtskonvention auf EU-Ebene**

on hat - genau wie die Bundesrepublik Deutschland - die UN-Behindertenrechts-  
Damit haben sich beide zur Umsetzung dieser Konvention verpflichtet. Die Bun-  
der vorliegenden Kleinen Anfrage einerseits gefragt, inwieweit sie sich für die Um-  
a einsetzt und andererseits, welche Auffassung sie zu bestimmten EU-Konzepten  
sie diese auf nationaler Ebene umsetzt.

[DRUCKSACHE NR. 17/10555](#)

### **ntechnik zur Hungerbekämpfung**

l der nationalen und europäischen Agro-Gentechnik-Gesetzgebung möchte die  
insatz der Agro-Gentechnik in der gegenwärtigen Entwicklungszusammenarbeit  
sollen Informationen über die zahlreichen öffentlich-privaten Initiativen und mul-  
e, die die Verbreitung der Agro-Gentechnik in Afrika, Asien und Lateinamerika  
ten werden.

[DRUCKSACHE NR. 17/10554](#)

### **rahmen der Ausschüttungspraxis von Verwertungsgesellschaften**

naften wie VG Wort, GEMA oder VG Bild-Kunst schütten ihre Einnahmen nicht  
und Urheber sondern teilweise auch an Verlage und andere Rechteinhaber aus.  
H und des Landgerichts München stellen diese Praxis infrage. Für Künstlerinnen  
: eine Rechtsunsicherheit. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung nach ihrer  
eresse von Kreativschaffenden aktiv zu werden

[DRUCKSACHE NR. 17/10544](#)

### **arfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz**

ngsgericht hat mit deutlichen Worten das bislang geltende Asylbewerberleis-  
ssungswidrig verworfen. Menschen aus migrationspolitischen Erwägungen einen  
an Sozialleistungssatz unterhalb des ALG II zu gewähren, sei mit dem Menschen-  
einbar. Obwohl auch die Bundesregierung seit eineinhalb Jahren davon ausging,  
ande Regelung verfassungswidrig war, hat sie keine Schritte zur Änderung unter-

### **Aktuelle höchstrichterliche Urteile zur steuerlichen Gleichstel- benspartnerschaft**

Angesichts der neuesten Gerichtsurteile von Bundesfinanzhof und Bun-  
erlichen Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften un-  
aus Koalitionskreisen für die entsprechende Ausweitung des Splitting-  
bereits gestellten kleinen Anfragen (Bundestagsdrucksachen 17/8556  
vom 10. April 2012), befragt DIE LINKE die Bundesregierung erneut zu

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10541](#)

### **Förderung von Rüstungsgeschäften und militärische Nachwuchsw onalen Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) 2012**

Die ILA zählt trotz des zivilen Anstrichs zu den größten europäischen Rü-  
nutzt die ILA als größter Einzelaussteller insbesondere für die Nachwuch  
ten Bundeswehrwaffen sollen ausländischen Käufern die Leistungsfäh  
industrie vorführen und damit Rüstungsexporte fördern. Die Bundesr  
Öffentlichkeit über das Ausmaß der finanziellen und personellen Unter

**29.08.2012** ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10550](#)

### **Haltung der Bundesregierung zu Verdachtsfällen hinsichtlich der hung durch Schweizer Banken**

Nach dem jüngsten Ankauf von Steuerdaten-CDs sind Hinweise aufget  
UBS ihren deutschen KundenInnen geholfen hat, Schwarzgeld aus de  
ziehen. Damit soll letzteres auch nach Inkrafttreten des Deutsch-Schw  
weiter hinterzogen bleiben. Zwei andere Schweizer Banken konnten sic  
träge von weiteren Ermittlungen hinsichtlich der Beihilfe zur Steuerhinter  
fragt nach.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10540](#)

### **Pläne der Regierung zur Neuregelung des Beschäftigtendatensch rücksichtigung des Bereiches der Call-Center**

## **ung und Diskriminierung durch medial verbreitete Schönheitsideale**

n unter dem Gefühl, nicht dem gängigen Schönheitsideal aus Mode, Medien und hen. Sie orientieren sich an unrealistischen Schönheitsidealen. Viele (insbeson- in der Arbeitswelt wegen ihres Aussehens diskriminiert. Daher riskieren manche störungen treten immer häufiger auf.

## **ihlung des parlamentarischen Fragerechts unter Verweis auf angebliehen**

en Fragen nach Sicherheitstechnik, Einsatzkonzeptionen der Sicherheitsbehörden gen der entsprechenden Instrumente nicht beantwortet oder aber die Antwor- zehmschutzraum und damit nur bedingt öffentlich verwendbar gegeben. Erfragt Behinderung des Fragerechts klären und über formelhafte Sprechblasen hinaus gen, um diese Variante der Entdemokratisierung der Öffentlichkeit konkreter dar-

## **verkehr**

t es festzustellen, ob und in welchem Umfang von den verschiedenen Verbänden ; Luftverkehrssektors Einfluss genommen auf die Meinungsbildung der Bundes- undesregierung sowie das Gesetzgebungsverfahren. Verkehrs- und Verbraucher- ßern sich dazu öffentlich unterschiedlich.

## **enossenschaften**

ionale Jahr der Genossenschaften. Mit der kleinen Anfrage wird nach Aktivitäten im Internationalen Jahr der Genossenschaften und Plänen für Veränderungen rechts gefragt. Insbesondere kleine Genossenschaften sind durch hohe Prüfe- gliedschaften stark belastet.

## **Unterstützung der Bundesregierung für gewaltfreie und gewaltfrei- gruppen**

Neben des Freien Syrischen Armee gibt es mittlerweile dutzende we- das Ziel verfolgen, das Assad-Regime zu stürzen oder Syrien zu dest- Angaben der Bundesregierung „al-Qaida nahe Organisationen oder j beleuchtet die Unterstützung oppos. Gruppen aus dem Ausland, die R „Freunde Syriens“ sowie die Zusammenarbeit mit Regierungen, die c Syrien unterstützen.

## **Wirtschaftliche Situation der Apotheken**

Die Debatte um das Apothekenhonorar und den gesetzlich festgelegt- kenkassen beschäftigt die Politik seit Langem. Die Gewährleistung einer versorgung ist dabei gegen die finanzielle Stabilität der GKV und das W der Versicherten abzuwägen. Die Anfrage soll den angekünftigen VO-B begleiten.

## **Aussagekraft von Biomonitoring**

Von Behörden wird zur Überprüfung der Wirkung von Emissionen aus bewertung gelegentlich auf das Instrument des Biomonitorings zurück- relativ neu bzw. werden selten eingesetzt, so dass beispielsweise Anw- klar ist, welchen Aussagewert Messungen mittels Biomonitoring (also bzw. welche Werte mit ihnen gemessen werden können. Entsprechend

## **Ehrenbekundungen der Bundeswehr für verstorbene Wehrmacht (Nachfrage zu 17/6201)**

Die Bundeswehr hält an ihrer Praxis fest, bei Begräbnissen von Wehrm- rengeleite zu entsenden, ohne in jedem Fall zu prüfen, ob die Verstor- erteilt hatten, und ohne regelmäßige Militärhistoriker zu konsultieren. [

[DRUCKSACHE NR. 17/10530](#)

### **Andlungen beim Berliner Kulturhaus Tacheles in der Oranienburger Straße**

Derzeitigen Zustand des Kulturhauses Tacheles in Berlin-Mitte näher beleuchten. Details zur Historie des Grundstücks, insbesondere dem Verkauf des Bundes an damit zusammenhängenden vertraglichen Vereinbarungen, offen zu legen. Auch in, inwieweit Rückabwicklungsansprüche sowie Strafzahlungen aufgrund nicht ge- ereinbarter Auflagen möglich sind.

[DRUCKSACHE NR. 17/10529](#)

### **Projekten gegen Rechts im Landkreis Saarlouis im Rahmen des Bundesprojekts „Förderung – Kompetenz stärken“.**

Soll Stellung zur fragwürdigen Vergabepaxis im Landkreis Saarlouis im Rahmen des Bundesprogramms gegen Rechts beziehen. Die Anfrage unterstützt das An- gegen Rechts vor Ort und unterstreicht das konkrete antifaschistische Engage- n.

[DRUCKSACHE NR. 17/10528](#)

### **Start- und Landebahn am Münchner Flughafen**

innen und Bürger haben sich mit dem Bürgerentscheid vom 17. Juni 2012 gegen die Landebahn am Münchner Flughafen ausgesprochen, doch Bund und Freistaat haben fest. Die KA hinterfragt das weitere Vorgehen der Bundesregierung und die Zeit des geplanten Ausbaus in Bezug auf stagnierende Flugbewegungen. Auch die - auf den Bahnverkehr und natürlich der Fluglärm sind Thema.

[DRUCKSACHE NR. 17/10526](#)

### **Reise der Bundeswehr (viertes Quartal 2012)**

erhält eine breite Öffentlichkeitsarbeit, um sowohl Nachwuchs zu rekrutieren als auch Kriegspolitik zu werben. DIE LINKE sieht darin sowohl eine unzulässige Indoktrinierung als auch eine Militarisierung der Gesellschaft. Sie begrüßt Proteste gegen diesen Ausmaß soll durch regelmäßige Kleine Anfragen erfasst werden.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10524](#)

### **Besteuerung von im Ausland lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern (Nachfrage zu BT-Drs. 17/10292)**

Renten für NS-Opfer sollten im Prinzip steuerfrei sein. In der Praxis gibt es Unsicherheit, weil nicht eindeutig geklärt ist, wie der Begriff NS-Opfer ab- grenzt den Begriff auf „anerkannte“ Opfer im Sinne des Bundesentscheides beispielsweise die Steuerbefreiungs-Anträge von zahlreichen Zwangsarbeit- LINKE fordert, generell sämtliche NS-Geschädigten von der Steuerpflicht

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10523](#)

### **Aktivitäten der Freien Syrischen Armee in Deutschland**

In der aus Bundesmitteln geförderten Stiftung Wissenschaft und Politik 2012 rund 50 syrische Oppositionelle im Rahmen eines Projektes name- Zeit nach einem Sturz des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad auszu- auch Vertreter der Freien Syrischen Armee statt, der neben Deserteurinnen Al Oaida angehören und die für Menschenrechtsverletzungen verantwortl-

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10522](#)

### **Aufnahme und Unterstützung syrischer Flüchtlinge**

Nach der weiteren Eskalation der Gewalt in Syrien über die Sommer- nach einer Aufnahme syrischer Flüchtlinge laut geworden, die von der rückgewiesen wurden. Man werde den Flüchtlingen vor Ort helfen. Bis- se Hilfe vor Ort bekannt geworden. Zudem gibt es schwer traumatisierte Aufnahme in einem abgeschotteten Flüchtlingslager in den Nachbarlän-

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10521](#)

### **Erkenntnisse zur Weiterreise von irregulär in die EU eingereisten Schengen-Raums**

Seit Jahren führen die Polizeien der (meisten) EU-Staaten so genannte irreguläre Migration durch. Dabei werden die im Inland durchgeführten grenzpolizeilichen irreguläre Migration durch gemeinsame Fragebögen ausgewertet. Ziel- rung irregulärer Migranten innerhalb der EU zu erstellen. Damit sind die

### **Verlagerung von Flügen auf die Bahn am Flughafen Hannover**

Welches Potenzial zur Verlagerung von Flügen auf die Bahn. Eine Anfrage der Fraktion Hannover am 17.08.2012 ergab, dass selbst dort mehr als 16 Prozent aller Ziele in bis zu 6 Stunden mit der Bahn zu erreichen sind. Wären alle geplanten Ziele, wäre sogar 1/4 in 4 und 1/3 in 6 Stunden mit der Bahn erreichbar. Wie hoch ist das Potenzial am Flughafen Hannover?

[DRUCKSACHE NR. 17/10513](#)

### **Geburtschule in Deutschland**

Wie hoch ist der Anteil an ambulanten Geburtshilfen, die in Krankenhäusern ihre oder zugewiesene Praxen haben, sind von stark steigenden Prämien für ihre Haftpflichtversicherungen betroffen. Wie hoch ist der Anteil an ambulanten Geburtshilfen, die in Krankenhäusern arbeiten? Wie hoch ist der Anteil an ambulanten Geburtshilfen, die in Krankenhäusern arbeiten? Wie hoch ist der Anteil an ambulanten Geburtshilfen, die in Krankenhäusern arbeiten?

[DRUCKSACHE NR. 17/10512](#)

### **Rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012**

Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012?

[DRUCKSACHE NR. 17/10501](#)

### **Stand der Polizeireform 2011 nach dem Bericht der Werthebach-Kommission**

Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012?

### **Kontokündigung von Extremisten**

Laut einer Meldung des Magazins FOCUS kündigen deutsche Banken Konten von Extremisten. Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012?

**20.08.2012**

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10497](#)

### **Unterstützung nachhaltiger Aquakultur**

Der Ausbau nachhaltiger Aquakulturen soll unterstützt werden. Forschungen zur nachhaltigen Aquakultur sollen gefördert werden. Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012?

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache](#)

**17.08.2012**

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10474](#)

### **Pille und „Pille danach“**

Bestmögliche Standards sexueller und reproduktiver Gesundheit sind die Bundesregierung wie es um die Umsetzung dieses Rechts bestellt zu sein. Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012?

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache](#)

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10471](#)

### **Stand der Polizeireform 2011 nach dem Bericht der Werthebach-Kommission**

Als Ergebnis der heftigen Diskussionen um den Werthebach-Bericht hat die Bundesregierung ein umfassendes Arbeitsprogramm veröffentlicht, dessen Ziel es ist, die Polizei des Bundes und des Zolls zu reformieren. Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012? Wie hoch ist der Anteil an rechtsextremistischen Ausschreitungen in der Bundesrepublik 2012?

[DRUCKSACHE NR. 17/10470](#)

### **e Relevanz von Sicherheitsabkommen mit anderen Staaten**

hat zahlreiche Abkommen mit menschenrechtsverletzenden Staaten über die Sicherheitsbereich. DIE LINKE. besteht darauf, dass die Übermittlung personenbezogener Daten sehr restriktiv gehandhabt werden muss und erkundigt sich deshalb nach den Umständen. Auch der Datenschutz und das Auskunftsrecht der Betroffenen müssen eingehend geprüft werden.

[DRUCKSACHE NR. 17/10461](#)

### **htlinien zur Organspende**

pende-Skandal offenbart Mängel bei der Schaffung von Transparenz über Auffälligkeiten und Organtransplantationen. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung nach dringenden Maßnahmen für die Zusammensetzung und Tätigkeit der zuständigen Prüfungs- und Überwachungsstellen, nach der Notwendigkeit von Reformen der Sanktionsmöglichkeiten sowie nach weiteren Maßnahmen, um solche Missstände zukünftig zu unterbinden.

[DRUCKSACHE NR. 17/10446](#)

### **ufsicht und europäische Bankenunion**

vertrag hatten die Koalitionsfraktionen als „Lehre aus der Finanzkrise“ einen umfassenden Aufsichtsausschuss und Bankenaufsicht angekündigt. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt der Bundesregierung vor. Dieser enthält weder substantielle Veränderungen noch schlussfolgernde Aussagen zu den Entwicklungen in der Eurozone. Wir formulieren die Defizite für die nächsten Schritte.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10598](#) vor.

[DRUCKSACHE NR. 17/10445](#)

### **· Kampfstadt im Gefechtsübungszenrum in der Colbitz-Letzlinger Heide**

zenrum auf dem Truppenübungsplatz Altmark in der Colbitz-Letzlinger Heide findet die Ausbildung der Soldaten des Heeres auf Auslandseinsätze statt. Um die Soldaten zukünftig auf den Einsatz in großen Städten vorzubereiten, wird nun ein „Urbanes Zentrum“ in der Heide errichtet. Das auch eine U-Bahn enthält, obwohl dies in keiner der aktuellen Einsatzgebiete

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10440](#)

### **Unabhängigkeit ärztlicher Entscheidungen**

Der BGH hat die Bestechung von Kassenärzten als nicht strafbar bei der Bestimmung des Handlungsbedarfes gesehen. Die Koalition winkt ab, mit der Begründung, dass dies die Handlungsmöglichkeiten der Ärzte nicht einschränken würde. DIE LINKE. fragt nach Fakten und rechtlichen Möglichkeiten, die Handlungsmöglichkeiten der Ärzte zu erweitern. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich zu äußern.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10439](#) vor.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10439](#)

### **Aktuelle Rentenentwicklung**

Beständig sinkende Renten, steigende Zahlen in der Grundsicherung für Sondersicherungsleistungen sowie bei den minijobbenden Menschen im Rentenalter haben die Bundesregierung aufgefordert, sich zu äußern.

**06.08.2012** ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10416](#)

### **Sanktionspolitik und Wirtschaftsembargo gegen den Iran**

In dieser Kleinen Anfrage werden aktuelle Informationen zu den Verhältnissen im Iran erfragt. Thematisiert werden darüber hinaus auch die weitreichenden Auswirkungen der Sanktionen auf die Bevölkerung bei gleichzeitiger innenpolitischer Stärkung des Rechtsstaates.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10407](#) vor.

**31.07.2012** ▼

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10407](#)

### **Historische, politische und juristische Hintergründe des Vernichtungskrieges und Nama und Sachstand der Sonderinitiative**

Trotz der gepflegten Sonderbeziehungen zwischen Deutschland und dem Namen verübte erste Völkermord des 20. Jahrhunderts an den Herero und Nama in Namibia. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich zu äußern.

### **dal - 40 Jahre nach Gründung der Conterganstiftung**

nimmt ihre Verantwortung gegenüber den contergangeschädigten Menschen und ar unzureichend wahr. Dies ist mit der dem Familienausschuss am 27.06.2012 er Universität Heidelberg auch wissenschaftlich belegt. DIE LINKE fordert mit Auskünfte über die Lebenssituation der Contergangeschädigten und Schlussfolgerungen aus den Handlungsempfehlungen der Uni und des Stiftungsrates der

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10468](#) vor.

### **und Ungleichbehandlung im Visumverfahren (Nachfrage**

en Anfrage der LINKE bekannt geworden ist (BT-Drucksache 17/10022), wird : EU-Visakodex einer max. zweiwöchigen Wartezeit bis zur Vorsprache zur Beantragen-Visum von in erheblichem Umfang verletzt. Hieran und an den skandalösen t und geschäftlich Reisende bei der Vergabe von Visa-Vorspracheterminen „an unterschiedlich behandelt und Geschäftsreisende bevorzugt werden, setzt diese

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10479](#) vor.

### **anschutzrechts**

Datenschutzrechts im Rahmen der EU hat seit Beginn der Verhandlungen dar- e Debatten ausgelöst. Das BMI setzte sich (eher ablehnend hinsichtlich Kompe- diarität, Verhältnismäßigkeit) in Gegensatz zu BfDI und anderen, sonst durchaus chützern. Nachvollziehbare Verhandlungslinien sind bei der Regierung allerdings ennen wie eindeutige Kritikpunkte. Die Anfrage soll den derzeitigen Stand etwas

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10452](#) vor.

### **Ehrenbekundungen der Bundeswehr für verstorbene Wehrmacht**

Die Bundeswehr ehrt auch heute noch Wehrmachtsoffiziere, etwa in d- nungen bei Beerdigungen stellt. Der Kreis der zu Ehrenden wird nicht und es gibt keine Kontrolle, die ausschließt, dass auch Kriegsverbre- lehnt die pauschale Ehrung von Wehrmachtsoffizieren ab.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache](#)

### **Bilanz der Bleiberechtsregelungen zum 30. Juni 2012 und politis**

Derzeit werden im Bundesrat neue Initiativen zur Einführung eines Blei- te Flüchtlinge debattiert. Mit der Anfrage lassen wir uns ein weiteres M die verschiedenen Bleiberechtsregelungen der vergangenen sechs Jah- gierung die vorliegenden Vorschläge sieht. Insbesondere interessiert u- grationsbeauftragten Dr. Böhmer.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache](#)

### **Gemeinsames Abwehrrzentrum Rechtsextremismus (GAR)**

Vor einem halben Jahr ist das Gemeinsame Abwehrrzentrum Rechtsextr- den. DIE LINKE hält die Zusammenführung von Polizeien und Geheimd- bar mit dem verfassungsrechtlichen Trennungsgebot. Dennoch wollen lich den behaupteten Mehrwert bei der Bekämpfung von Neonazis lief-

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache](#)

### **Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quart**

In dieser aktualisierten Fassung der quartalsweisen Kleinen Anfrage zur Asylstatistik widmen wir uns neben den üblichen Fragen schwerer

**Jahr 2011**

ausweisungsrecht sind immer wieder ein gern gewähltes Mittel, um vermeintlicher Herr zu werden. Die letzten Verschärfungen im Jahr 2009 richteten sich gegen tionsverhinderer und Hassprediger. Bislang konnte die Bundesregierung jedoch en, in wie vielen Fällen diese Regelungen überhaupt zur Anwendung kamen. Zu- deutsche Ausweisungsrecht schon lange nicht mehr den europarechtlichen An-

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10459](#) vor.

**für Bildung im Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das Jahr 2013  
stigen Finanzplanung**

reich Bildung und Forschung sollen im Wahljahr 2013 steigen, danach aber wie- n nach, an welchen Leitideen sich die Bundesregierung in ihrer mittelfristigen iert hat, wie es um die Umsetzung der Bildungsgipfel-Ziele steht, warum die Aus- Hochschulpakt sinken sollen und einiges mehr.

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10448](#) vor.

**kratische Entwicklung in Lateinamerika**

nd soziale Wandel in Lateinamerika wird durch die alten Eliten bedroht, die in der vilegien oftmals zu illegalen und illegitimen Mitteln greifen. Jüngstes Beispiel ist Paraguay gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Fernando Lugo. Die agt die Bundesregierung nach ihrer Positionierung und nach der Rolle der deut- nd Stiftungen.

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/1046Z](#) vor.

**Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen  
Deutschland im Juni 2012**

Abgefragt werden die monatlichen von Rechtsextremisten begangene keit frühzeitig über die Entwicklung dieser Straftaten zu informieren- tentiale aufzuzeigen. Für Opfergruppen, die Medien, Wissenschaftler, Verbände et. bieten diese monatlichen Kleinen Anfragen mittlerweile

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10387](#)

**Antisemitische Straftaten im zweiten Quartal 2012**

Abgefragt werden die vierteljährlichen von Rechtsextremisten began- ten, um die Öffentlichkeit frühzeitig über die Entwicklung dieser Strafta- Gefährdungspotentiale aufzuzeigen. Für die Medien, Wissenschaftler, Organisationen bieten diese vierteljährlichen Kleine Anfragen mittlere Orientierung.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10386](#)

**Rechtsextreme Aufmärsche im 2. Quartal 2012**

Erfragt werden soll eine statistische Aufstellung der Naziaufmärsche- tigung der Veranstalter und der thematischen Ausgestaltung der Aufmä- die wechselläufige Mobilisierungsfähigkeit und -willigkeit der Naziszene zu regionale Übersicht solcher Aufmärsche zu erhalten.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10385](#)



## **geplante Amtshilfe- und Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im 2. Quartal 2012)**

Standardanfrage. Sogenannte Amtshilfemaßnahmen und Unterstützungsleistungen werden von der Bundesregierung immer häufiger zum Mittel genommen, die Bevolkerung des Militärs zu gewöhnen. Die Informationspolitik der Regierung ist mehr als ein halbes Jahr lang nicht mehr transparent. Die durchgeführten und bevorstehenden Einsätze abfragen.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10447](#) vor.

## **[DRUCKSACHE NR. 17/10384](#)**

### **Einreise von Flüchtlingen (Stand zweites Quartal 2012)**

Die Bundesregierung wird gebittet, die Anzahl der Einreisen von Flüchtlingen in Deutschland im Vergleich zu den entsprechenden Zahlen im Vorjahr zu ermitteln und zu erklären, ob es zu einer Zunahme oder Abnahme gekommen ist. Die Bundesregierung wird gebittet, die Gründe für die Veränderung zu erläutern und zu erklären, ob es zu einer Zunahme oder Abnahme gekommen ist.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10450](#) vor.

## **[DRUCKSACHE NR. 17/10383](#)**

### **Wirtschaftliche Lage in der Windenergiebranche**

Die Windenergiebranche hat sich, auch aufgrund des Einsatzes öffentlicher Fördermittel, in den letzten Jahren stark entwickelt, in dem viele neue Arbeitsplätze entstanden sind. Die Bundesregierung wird gebittet, die Gründe für die Entwicklung zu erläutern und zu erklären, ob es zu einer Zunahme oder Abnahme gekommen ist.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10510](#) vor.

### **Regulierungsbedarf in der Leiharbeit**

Zum Einen wird in dieser Kleinen Anfrage der LINKEN ausgehend von der Bundesregierung eine Leiharbeitsregelung gefordert, die die Leiharbeiter vor den Risiken der Leiharbeit, der zu deutlichen Verwerfungen führt, nach dem Regulierungsbedarf der Bundesregierung Auskunft darüber geben soll. Zum Anderen soll die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob es zu einer Leiharbeitsregelung zum Thema Equal Pay für ausreichend hält oder nicht. Die Bundesregierung wird gebittet, die Gründe für die Entscheidung zu erläutern und zu erklären, ob es zu einer Leiharbeitsregelung gekommen ist.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10363](#) vor.

## **[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10363](#)**

### **Rückgabe des Tiergarten-Steins („Kueka“) an die venezolanische Regierung**

Die Bundesregierung wird gebittet, die Gründe für die Entscheidung zu erläutern und zu erklären, ob es zu einer Rückgabe des Tiergarten-Steins gekommen ist. Die Bundesregierung wird gebittet, die Gründe für die Entscheidung zu erläutern und zu erklären, ob es zu einer Rückgabe des Tiergarten-Steins gekommen ist.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10295](#) vor.

**18.07.2012** ▼

## **[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10295](#)**

### **Umwertungen der NS-Vergangenheit**

Die Bundesregierung wird gebittet, die Gründe für die Entscheidung zu erläutern und zu erklären, ob es zu einer Umwertung der NS-Vergangenheit gekommen ist. Die Bundesregierung wird gebittet, die Gründe für die Entscheidung zu erläutern und zu erklären, ob es zu einer Umwertung der NS-Vergangenheit gekommen ist.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10295](#) vor.

### **Stromtrassen für das Stromnetz**

öffentlichte die Bundesnetzagentur eine Studie zur Mitnutzung der Bahnstromtrassen. Entgegen eines optimistischeren Zwischenberichts (Kieler Nachrichten 20. Juni) wird kritisch beurteilt. Mit dieser Kleinen Anfrage soll diese Diskrepanz geklärt und die Möglichkeiten bezüglich der Nutzung des Bahnstromnetzes für das allgemeine Stromnetz erörtert werden. Inwieweit werden die Mitnutzungsmöglichkeiten des Bahnstromnetzes schlechter

zu sein? Ist eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10453](#) vor.

### **DRUCKSACHE NR. 17/10289**

#### **Die Rahmenbedingungen der Olympiade in London**

Die Rahmenbedingungen der Olympiade in London zu Hochsicherheitsmaßnahmen. DIE LINKE erkundigt sich nach der Einbindung Deutschlands in die Sicherheitsmaßnahmen.

Ist eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10405](#) vor.

### **DRUCKSACHE NR. 17/10288**

#### **Freiwilligen Wehrdienstes 2011**

Die Bundeswehr der Freiwilligen Wehrdienst (FWD) eingeführt. Für die Einführung werden weder militärische noch haushälterische Erwägungen eine Rolle gespielt zu lediglich der Nutzen für die Nachwuchswerbung bei Jugendlichen. Ein Jahr nach der Einführung wird die Regierung aufgefordert, Auskunft über die Umsetzung des FWD.

Ist eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10456](#) vor.

### **Unterstützung in Deutschland anerkannter Asylberechtigter in Ausländer**

Aufgrund von Interpolhaftbefehlen werden immer wieder deutsche Staatsbürger mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus in Deutschland in Drittstaaten inhaftiert, weil sie in der Türkei in Abwesenheit in politischen Prozessen verurteilt werden. Inwieweit werden wiederum Bürger anderer EU-Staaten oder Personen, die dort anhaftern, inhaftiert? Inwieweit werden diese Personen inhaftiert? Inwieweit werden diese Personen inhaftiert? DIE LINKE fragt nach Umfang

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10271](#) vor.

### **KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10271**

#### **Repression gegen Jugendliche wegen virtueller Proteste gegen die**

100 Wohnungen wurden im Juni wegen einer virtuellen Protestaktion geschlossen. Gegen die Musikverwertungsgesellschaft GEMA durchsucht. Ermittlung der GEMA. Laut der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt soll die Repressionsmaßnahme "entfallen". Allerdings wird zu wenig gewürdigt, dass es sich um eine Handlung handelt, deren Schutzwürdigkeit unter dem Versammlungsrecht geprüft werden muss.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10278](#) vor.

**12.07.2012**

### **KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/10278**

#### **Abteilungen, Gremien und Dateien deutscher Sicherheitsbehörden**

Die Bundesregierung mauert bei der Aufklärung, welche Rolle die Sicherheitsbehörden bei der Verhinderung von Neofaschismus spielen. Die Fragen der Abgeordneten werden nicht beantwortet, mit Verweis auf das angebliche Staatswohl. Dieser Verweis ist unzulässig. DIE LINKE fordert Auskunft!

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10278](#) vor.

### **ugtickets nach Israel anlässlich einer weltweiten Solidaritätsaktion**

virt Fragen zu Reisebeschränkungen durch die israelische Regierung und der ng durch die Lufthansa anlässlich einer Solidaritätsaktion in Israel auf und befragt zu ihrer Haltung.

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10382](#) vor.

### **ditionen an Israel und Vorgang „Geschäftsfreund“ in den 60er-Jahren**

r Journalistin Gaby Weber hat die Bundesregierung in den 1960er Jahren Isra- obwohl das Auswärtige Amt selbst davon ausgegangen war, dass mit dem Geld ne finanziert werden. DIE LINKE fordert die Regierung auf, hierüber Klarheit zu an offenzulegen.

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10482](#) vor.

### **onzern European Aeronautic Defence and Space Company abgestimmter polizei in Saudi-Arabien**

det in Saudi-Arabien Sicherheitskräfte aus, auch an der Waffe. Nach Medienbe- erüchtigte Religionspolizei involviert. Der Einsatz steht in engem Zusammenhang ekt des Rüstungskonzerns EADS. DIE LINKE lehnt die Ausbildung von Repressi- alen Diktatur ab.

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10358](#) vor.

### **irch das französische Atomkraftwerk Cattenom und Ergebnisse des Stresstests**

des EU-Stresstest vom Februar 2012 hat erhebliche Mängel an dem AKW Catte- der deutschen Grenze in Frankreich befindet feststellt Vor diesem Hintergrund

### **Militärischer Fluglärm im Saarland**

Militärische Übungsmanöver quälen besonders die Bewohner des Saar- ter („Temporary Reserved Airspace Lauter“) leben. Der schwerwiegende Saarland sowie in der westlichen Region von Rheinland-Pfalz führt so- allgemeinen Lebensqualität und zur Schwächung des Tourismus als durch ständige Lärmbelästigung hervorgerufen werden, sowie zu Abwa- Gebieten. DIE LINKE fragt, ob das Bundesverteidigungsministerium de

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache](#)

**06.07.2012** ▼

### **Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeit**

Zum 1. Januar 2012 wurde die Möglichkeit der Betreuung von Hartz IV- Träger auf grundsätzlich maximal 25 Prozent der SGB II-Grundsicherung- Jahr nach dieser Reform wird nach der Umsetzung gefragt sowie nach- kommen und gemeinsamen Einrichtungen als Grundsicherungsträger- sollen auch die grundsätzlichen Defizite bei der Betreuung Erwerbslose- werden.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache](#)

**05.07.2012** ▼

### **Todespritzen aus deutscher Produktion**

Die Anti-Folter-Richtlinie der EU verbietet den Export von bestimmten- richtungszwecke missbraucht werden. Für medizinisch wenig bedeuts- nigermaßen gut, aber diese sollen aufgrund von Bezugsproblemen du- Arzneimittel ersetzt werden. DIE LINKE fragt nach Exportbeschränkun- lungsoptionen und realen Auswirkungen.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache](#)



## tsch-italienischen Historikerkommission und weiterer Umgang mit nichtentschädigten NS-Opfern aus Italien

ung italienischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Erwägung zu ziehen, n Nazi-Besatzern vielfaches Unrecht angetan wurde, hat sich die Bundesregierung Ko-Finanzierung einer deutsch-italienischen Historikerkommission gegen demnächst ihren Bericht vor. DIE LINKE fordert, den Bericht nicht als Alibi für chädigungen zu missbrauchen.

zt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/10480](#) vor.

### [DRUCKSACHE](#)

#### **aube für Be- les**

ift „Billig-Ur-  
t für 7 Euro“  
über die So-  
s. DIE LINKE  
nderungen für  
n mit Blick auf  
des Bundes  
amilien.

egt eine Ant-  
regierung als  
[0326](#) vor.

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

# Fraktion Vor Ort:

## Einladung

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE und  
Dr. Kirsten Tackmann, MdB, laden ein zur Filmmatinée.

**Sonntag, 16. September 2012, 10.30 Uhr,  
UNION FILMTHEATER,  
Heinrich Rau Str. 35, 16816 Neuruppin,  
gegenüber vom Einkaufszentrum »Reiz«**

## »Bahn unterm Hammer«

D 2006, 72 min. von Leslie Franke und Herdolor Lorenz

Dokumentarfilm über die fatalen Folgen des Privatisierungskurses der Deutschen Bahn, deren Nachwirkungen wir gerade hoch aktuell erleben.

Nach dem Film findet eine Diskussion mit den Regisseuren statt.

## Erinnerungsstunde in Sachen Kinderpolitik

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Frau N  
terin,

wir reden heute nicht nur über den Haushalt des Jahres 2013. Wir reden auch  
die letzte Chance der Koalitionsfraktionen, das umzusetzen und in den Hau  
einzustellen, was Sie im Koalitionsvertrag zugesagt und den Menschen in uns  
Land versprochen haben. Weil ich nicht weiß, ob sich alle von CDU, CSU und  
daran erinnern, was sie unterschrieben haben bei den Balgereien, die sich in  
letzten Jahren abgespielt haben, weiß man nicht, ob Sie sich noch daran erin  
wollen, will ich Sie im Rahmen des Familienrats auf einige Versprechen auf  
sam machen und Sie daran erinnern.

### Familienbewusste Arbeitszeit

ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag: „Wir wollen familien- und kinderfreund  
Rahmenbedingungen durch eine familienfreundliche Kultur und Infrastruktur s  
eine familiengerechte Arbeitswelt schaffen, die eine Entscheidung für Kinder  
echte Wahlfreiheit ermöglicht.“

Familienbewusste Arbeitszeit? Bis auf zum Scheitern verurteilte Versuche mi  
pellcharakter, die Unternehmen zu irgendwelchen Selbstverpflichtungen zu an  
ren, ist mir hier nichts bekannt. Eine echte Wahlfreiheit wollen Sie ja anschei  
mit dem Betreuungsgeld herstellen. Da kann ich nur sagen: Für mich sieht Wah  
heit anders aus. Wir können uns morgen in der Anhörung darüber verständige  
man Wahlfreiheit tatsächlich herstellt. Es geht um echte Wahlfreiheit. Sie kö  
sich schon nicht mehr daran erinnern.

Wir werden uns morgen in der Anhörung damit befassen, ob das Betreuung  
wirklich dazu führt, dass hier echte Wahlfreiheit für Familien hergestellt wir  
sich für Kinder entscheiden zu können. {...}



**Diana Golze**

**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72329  
Telefax: (030) 227-76329  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Rathenow**

Märkischer Platz 2  
14712 Rathenow  
Telefon: (03385) 494521  
Telefax: (03385) 494522  
E-Mail: [diana.golze@wk.bundestag.de](mailto:diana.golze@wk.bundestag.de)

**Bürgerbüro Belzig**

Str. der Einheit 53  
14806 Belzig  
Telefon: (033841) 32547  
Telefax: (033841) 43880  
E-Mail: [diana.golze.it02@bundestag.de](mailto:diana.golze.it02@bundestag.de)


**Wahlkreisbüro Brandenburg**

Altstädtischer Markt 2  
14770 Brandenburg an der Havel  
Telefon: (03381) 211789  
Telefax: (03381) 229961  
E-Mail: [brb@diana-golze.de](mailto:brb@diana-golze.de)

**Bürgerbüro Jüterbog**

Große Str. 62  
14913 Jüterbog  
Telefon: (03372) 432691  
Telefax: (03372) 432691


**Wolfgang Nešković**



**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-72065  
Telefax: (030) 227-76468  
E-Mail: [wolfgang.neskovic@bundestag.de](mailto:wolfgang.neskovic@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Cottbus**



**Dr. Dagmar Enkelmann**

**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-78220  
Telefax: (030) 227-76219  
E-Mail: [dagmar.enkeltmann@bundestag.de](mailto:dagmar.enkeltmann@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Bernau**

Berliner Str. 17  
16321 Bernau b. Berlin  
Telefon: (03338) 459-543  
Telefax: (03338) 459-549  
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 –  
17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung  
E-Mail: [wkb-d.enkeltmann@t-online.de](mailto:wkb-d.enkeltmann@t-online.de)

**Wahlkreisbüro Strausberg**

Wallstr. 8  
15344 Strausberg  
Telefon: (03341) 303-984  
Telefax: (03341) 303-985  
E-Mail: [dagmar.enkeltmann@wk.bundestag.de](mailto:dagmar.enkeltmann@wk.bundestag.de)



**Dr. Kirsten Tackmann**

**Deutscher Bundestag**


Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227-74308  
Telefax: (030) 227-76308  
E-Mail: [kirsten.tackmann@bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Kyritz**

Wilsnacker Straße 1  
16866 Kyritz  
Telefon: (033971) 32-857  
Telefax: (033971) 32-893  
E-Mail: [kirsten.tackmann@wk.bundestag.de](mailto:kirsten.tackmann@wk.bundestag.de)

**Büro Perleberg**

Bäckerstraße 21  
19348 Perleberg  
[perleberg@kirsten-tackmann.de](mailto:perleberg@kirsten-tackmann.de)



**Deutscher Bundestag**  
**Fraktion DIE LINKE**  
**Landesgruppe Brandenburg**  
**V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB**  
**Platz der Republik 1**

**11011 Berlin**

**Tel.: (030) 227 - 72675**

**Fax: (030) 227 - 76675**

**E-Mail: [thomas.nord@bundestag.de](mailto:thomas.nord@bundestag.de)**

Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 28.09.2012.

